

Fraktion Die Mitte/EVP, Roland Wyss

Votum Parlamentarische Initiative

«Parlamentarische demokratische Mitwirkungsrechte bei Behördenreferenden stärken»

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Ich spreche für die Fraktion die Mitte/EVP.

In seiner Beantwortung schreibt die Regierung, dass bereits heute alles geregelt ist und die Botschaft jeweils eine sachliche Erläuterung der Vorlage enthalten muss. Zudem verweist der Regierungsrat auf die subjektive Einschätzung der Initiantinnen und Initianten und bezeichnet sie durch die Blume als schlechte Verlierer.

Dies entspricht aber nicht den Tatsachen. Erste Rückmeldungen zur Abstimmungsbotschaft gab es bereits bevor der Abstimmungskampf begonnen hat.

Und dass die im Vorstoss erwähnten Botschaften eine sachliche Erläuterung enthalten haben, erachten wir als subjektive Einschätzung der Regierung. Denn wenn es so gewesen wäre, hätte diese parlamentarische Initiative gar nicht eingereicht werden müssen.

Ja, es ist Aufgabe des Regierungsrates, bei kantonalen Vorlagen die Botschaft zu verfassen. Das Argument, dass bei Behördenreferenden kein Urheberkomitee besteht, ist aus unserer Sicht etwas gesucht. Wie in der Beantwortung erwähnt, könnte oder müsste dies zusätzlich geregelt werden. Aber man sieht lieber Probleme statt nach Lösungen zu suchen.

Die entscheidende Frage ist, ob wir die Meinung der Regierung teilen und die Botschaften jeweils als korrekt empfunden haben oder eben nicht.

In der Beantwortung der PI gibt die Regierung darauf gleich selbst die Antwort:

Zitat: «Der Regierungsrat nimmt den Vorstoss zum Anlass, bei künftigen Botschaften im Zusammenhang mit Behördenreferenden noch stärker darauf zu achten, dass die im Grossen Rat eingebrachten Positionen angemessen wiedergegeben werden.»

Demzufolge war also nicht alles so, wie es hätte sein sollen. Und genau darum ist es wichtig, dass man das Verfassen der Botschaft auch bei Behördenreferenden nicht alleine der Regierung und Verwaltung überlässt. Wenn sie es gut und ausgewogen machen, ist der Mehraufwand zum Gegenlesen überschaubar. Wenn dem aber nicht so ist, muss man die Möglichkeit haben mitzuwirken und das hat man heute, ganz im Gegensatz zum fakultativen Referendum, eben nicht.

Das Behördenreferendum ist ein wichtiges Instrument und trägt wesentlich zur Stärkung eines Parlamentes bei. Bleiben wir also nicht auf halben Weg stehen und stärken die Parlamente auch bei der Umsetzung!

Die Mehrheit der Fraktion die Mitte/EVP wird die PI unterstützen.

Frauenfeld, 18. März 2026